

NEUIGKEITEN ZUM WINDENERGIE-AUF-SEE-GESETZ - WINDSEEG

Rechtsanwalt Dr. Florian Brahms, Licence en droit français

Heiligendamm, 15.03.2017



DAS GESETZ ZUR ENTWICKLUNG UND FÖRDERUNG DER WINDENERGIE AUF SEE - WINDSEEG

INHALT

1. Einleitung
2. Anwendungsbereich
3. Zentrales Modell
4. Übergangsmodell
5. Realisierungsfristen
6. Fazit

1. EINLEITUNG

GESETZGEBUNG ZUM EEG 2017, ÄNDERUNGSGESETZ, ZIELSETZUNG WINDSEEG

Schnelles Gesetzgebungsverfahren... schnelle Korrektur

- BMWi Referentenentwurf zum EEG 2016 (kurz: *RefE*) vom 04.04.2016
- Regierungsentwurf zum EEG 2016 vom 08.06.2016
- Regierungsentwurf (BR-Drs. 310/16) vom 09.06.2016
- Empfehlung der Ausschüsse des Bundesrates v. 14.06.2016 (BR-Drs. 310/1/16)
- Stellungnahme des Bundesrates v. 17.06.2016 (BR-Drs. 310/16 (B))
- Gesetzentwurf zum EEG 2016 (BT-Drs. 18/8832) v. 20.06.2016
- Gesetzentwurf zum EEG 2016 (BT-Drs. 18/8860) v. 21.06.2016
- 1. Lesung im Bundestag am 24.06.2016
- Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates (BT-Drs. 18/8972) v. 28.06.2016
- **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (BT-Drs.18/9096) v. 06.07.2016, vorgeschlagene Änderungen übernommen**
- 2. und 3. Lesung im Bundestag 08.07.2016 und Beschluss des Bundesrates (BR-Drs. 355/16 (B)) v. 08.07.2016.
- Seit dem 01. Januar 2017 in Kraft

Schnelles Gesetzgebungsverfahren... schnelle Korrektur

- BMWi Referentenentwurf zur Änderung der Bestimmungen des KWKG und EEG 2017 vom 26.09.2016
 - Anpassung aufgrund Verständigung mit EU-Kommission vom 30.08.2016
- Referentenentwurf zur Änderung der Bestimmungen des KWKG und EEG 2017 am 19.10.2016 vom Bundeskabinett beschlossen und ins parlamentarische Verfahren überführt
- Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Änderungsgesetz (BT-Drs. 18/10209) v. 07.11.2016
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (BT-Drs. 18/10668) v. 14.12.2016 (Änderungen zu Gebotsterminen, Befristung PFB auf 25 Jahre)
- Gesetzesbeschluss des Bundestages (BT-Drs. 767/16) sowie Entscheidung des Bundesrates (BR-Drs. 767/16), den Vermittlungsausschuss nicht einzuberufen am 16.12.2016
- „Änderungsgesetz“ seit dem 01. Januar 2017 in Kraft, BGBl. I S. 3106

Gesetzesbegründung zu Zielsetzungen des WindSeeG

- *„Flächenplanung und Raumordnung, Anlagengenehmigung, EEG-Förderung und Netzanbindung [werden] besser und kosteneffizienter miteinander verzahnt“* Vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 2
- *„Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen werden (...) mit dem WindSeeG erzielt“* „(...) die Verständlichkeit des Rechtssystems, vermeidet Wertungswidersprüche zwischen unterschiedlichen Regelungsbereichen und erhöht die Planungs- und Investitionssicherheit für die Beteiligten.“ Vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 158
- *„Durch stärkere Mengensteuerung, die im Rahmen der Ausschreibungen erreicht wird, wird dafür gesorgt, dass die Energiewende bezahlbar bleibt. Gleichzeitig wirkt die Einführung von Ausschreibungen einer Überförderung entgegen, wodurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stromkunden berücksichtigt wird“* Vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 159

EINLEITUNG

WINDSEEG IM REGULUNGSGEFÜGE

Einbindung des WindSeeG im Energierecht

- Das WindSeeG löst die SeeAnIV vollständig ab und hebt diese auf.
 - Beachte jedoch Übergangsbestimmungen des § 77 WindSeeG
- Das EnWG bleibt weiterhin für die Realisierung des Netzanschlusses der Offshore-Windparks beachtlich und enthält die wesentlichen Regelungen zum Offshore-Netzentwicklungsplan.
- Soweit das WindSeeG keine spezifischen Regelung enthält findet das EEG 2017 auf die WEA und den erzeugten Strom Anwendung, dies gilt insbesondere für:
 - die technischen Einrichtungen (§ 9 EEG 2017)
 - die Anforderungen der Direktvermarktung (inkl. negativer Strompreise)
 - die allgemeinen Bestimmungen zur Ausschreibung, da nur spezifische Änderungen für Offshore-WEA vorgesehen sind.

Gliederung des WindSeeG

- Allgemeine Bestimmungen §§ 1 – 3 WindSeeG
 - Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen
- Fachplanung §§ 4 – 13 WindSeeG
 - Flächenentwicklung und Voruntersuchung von Flächen
- Ausschreibungen §§ 14 – 43 WindSeeG
 - Differenzierung nach Projekten, Eintrittsrechte
- Zulassung, Errichtung und Betrieb von WEA §§ 44 – 67 WindSeeG
 - Geltungsbereich, Realisierungsfristen
- Pilotwindenergieanlagen §§ 68 – 70 WindSeeG
- Sonstige Bestimmungen §§ 71 – 79 WindSeeG

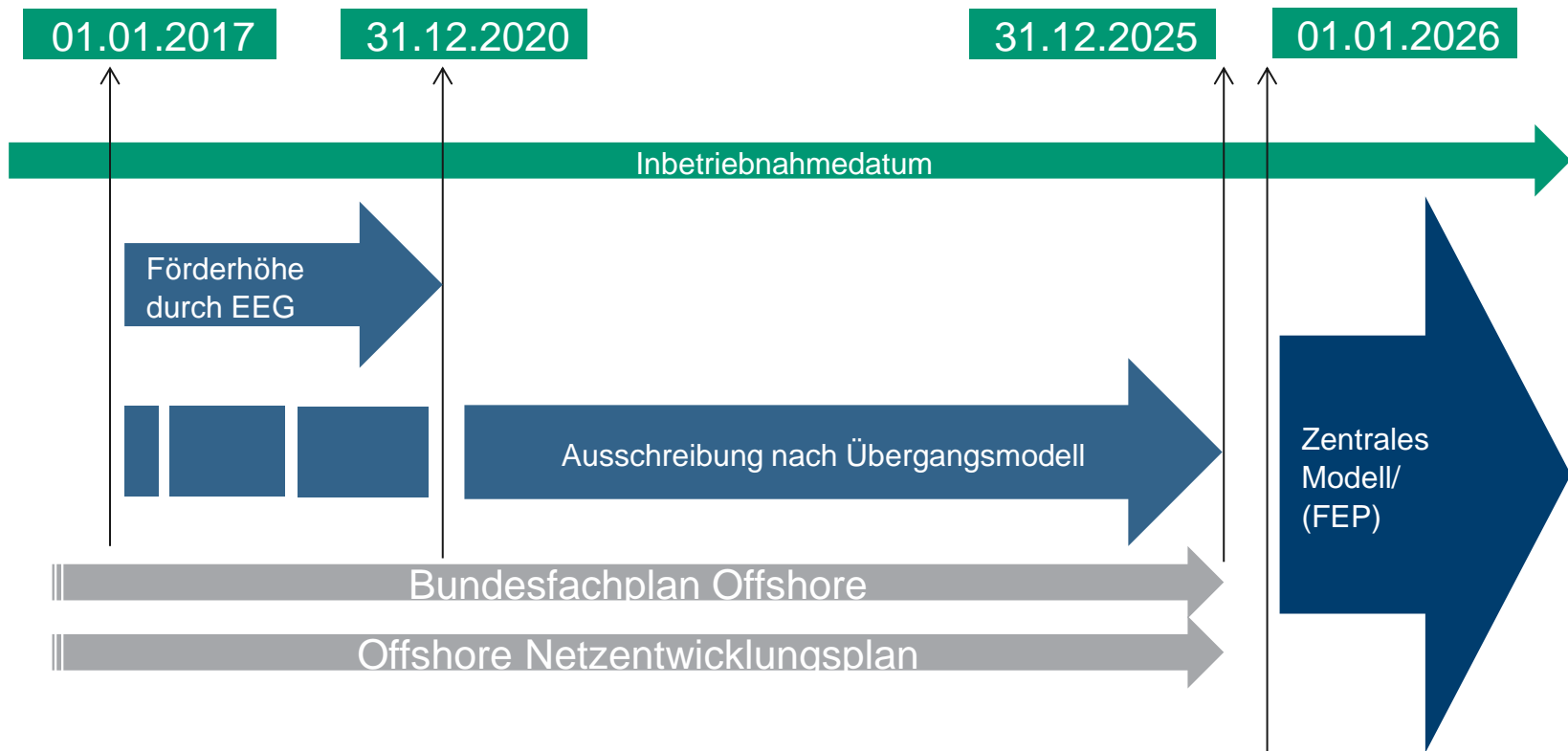
2. ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHE ANWENDBARKEIT, SACHLICHE ANWENDBARKEIT

ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH

Anwendbarkeit des WindSeeG auf Projekte



ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH

Inbetriebnahme bis 31.12.2020

- Die Förderhöhe wird gemäß § 22 Abs. 5 S. 2 EEG 2017 gesetzlich bestimmt für Windenergieanlagen auf See, die
 - vor dem 1. Januar 2017 eine unbedingte Netzanbindungszusage nach § 118 Abs. 12 EnWG oder
 - Vor dem 01. Januar 2017 Anschlusskapazitäten nach § 17d Abs. 3 EnWG in der am 31. Dezember 2016 geltenden Fassung erhalten haben und
 - vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen worden sind.

- Förderung nach § 19 EEG 2017 i.V.m. § 47 EEG 2017:
 - Zahlungsanspruch auf Grundlage eines Anfangs- und eines Grundwertes
 - Stauchungsmodell bleibt erhalten (§ 47 Abs. 3 EEG 2017)
 - Verlängerung der Anfangsförderung bei technischen Störungen der Netzanbindung.

ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH

Inbetriebnahme nach dem 31.12.2020 (bis 31.12.2025)

- Hier gilt sogenanntes Übergangsmodell, vgl. §§ 26 ff. WindSeeG.
- Gilt für sog. „bestehende Projekte“ gemäß § 26 Abs. 2 WindSeeG.
- Feststehende Gebotstermine sind 01. April 2017 und 01. April 2018.
- Ausschreibungsvolumen beträgt 1.550 Megawatt pro Gebotstermin bzw. insgesamt 3.100 Megawatt für beide Ausschreibungen, vgl. § 27 WindSeeG.
- Feststehende räumliche Vorgaben zu küstennahen Clustern.

ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH

Inbetriebnahme nach dem 31.12.2020 (bis 31.12.2025)

- **Bestehende Projekt** im Sinn des § 26 Abs. 2 WindSeeG:
 - Die vor dem 01.08.2016
 - nach § 5 oder § 17 SeeAnIV für die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) planfestgestellt oder genehmigt worden sind oder
 - nach § 4 Abs. 1 BImSchG für das Küstenmehr eine Genehmigung erteilt worden ist oder
 - ein Erörterungstermin nach § 73 Abs. 6 VwVfG durchgeführt worden ist
 - und geplant sind im Fall von Vorhaben in der AWZ in den vorgesehenen Clustern in Nord- und Ostsee

- Flächenentwicklungsplan und Voruntersuchung sind nicht anwendbar, vgl. §§ 4 ff. und 9 ff. WindSeeG.

ANWENDUNGSBEREICH

ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH

Inbetriebnahme ab 01.01.2026

- Zentrales Modell, vgl. §§ 4 ff. WindSeeG.
- „Flächenentwicklungsplan“ (FEP) führt Festlegungen der nach § 17a EnWG für Nord- und Ostsee maßgeblichen „Bundesfachpläne Offshore“ (BFO) und des nach §§ 17b, 17c EnWG maßgeblichen „Offshore-Netzentwicklungsplans“ (O-NEP) zusammen, vgl. § 7 WindSeeG.
- Enthält Regelungen zu Ausschreibungen für WEA auf See die ab dem 1. Januar 2026 auf voruntersuchten Flächen in Betrieb genommen werden, vgl. §§ 16 ff. WindSeeG.
- Regelungen ergänzen die allgemeinen Vorschriften nach §§ 28 ff. EEG 2017

3. ZENTRALES MODELL EINFÜHRUNG, FLÄCHENENTWICKLUNGSPLAN, AUSSCHREIBUNGEN

ZENTRALES MODELL

EINFÜHRUNG

Inbetriebnahme ab 2026

- Betrifft grds. die AWZ und kann Festlegungen für das Küstenmeer treffen wenn entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und betroffenem Küstenland besteht, vgl. § 4 Abs. 1 WindSeeG.
- Trifft Festlegungen für den Ausbau von WEA auf See und der hierfür erforderlichen Offshore-Anbindungsleitungen.
- Vorauswahl geeigneter Flächen durch staatliche Voruntersuchung, deren Ergebnisse vor Ausschreibung den Bietern zur Verfügung gestellt werden.
- Erstellt durch Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).
- Festlegungen nur für den Zeitraum ab dem Jahr 2026 bis mindestens 2030, vgl. § 5 WindSeeG.

ZENTRALES MODELL

FLÄCHENENTWICKLUNGSPLAN

Zweck des Flächenentwicklungsplans

- Für den Ausbau von WEA auf See und der hierfür erforderlichen Offshore-Anbindungsleitungen trifft der FEP Festlegungen mit dem Ziel:
 - Das Ausbauziel des EEG zu erreichen,
 - Stromerzeugung aus WEA auf See räumlich geordnet und flächensparsam auszubauen und
 - eine geordnete und effiziente Nutzung und Auslastung der Offshore-Anbindungsleitungen zu gewährleisten und Offshore-Anbindungsleitungen im Gleichlauf mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus WEA auf See zu planen, zu errichten, in Betrieb zu nehmen und zu nutzen.
- Erster FEP muss bis zum **30 Juni 2019** bekannt gemacht werden.

ZENTRALES MODELL

FLÄCHENENTWICKLUNGSPLAN

Festlegungen des FEP

- Der FEP trifft gem. § 5 Abs. 1 WindSeeG Festlegungen über
 - Gebiete und Flächen und die voraussichtlich zu installierende Leistung,
 - die zeitliche Reihenfolge, in der die festgelegten Flächen in welchem Kalenderjahr zur Ausschreibung kommen sollen,
 - die Kalenderjahre, in denen jeweils die bezuschlagten WEA auf See und die entsprechende Offshore-Anbindungsleitung in Betrieb genommen werden sollen,
 - Standorte von Konverterplattformen, Sammelpattformen und, soweit wie möglich, Umspannanlagen,
 - Trassen oder Trassenkorridore für Offshore-Anbindungsleitungen, für grenzüberschreitende Stromleitungen sowie für mögliche Verbindungen von Gebieten, Flächen, Konverterplattformen, Umspannanlagen, Anbindungsleitungen u. Interkonnektoren
 - Orte, an denen die Offshore-Anbindungsleitungen die Grenze zwischen der ausschließlichen Wirtschaftszone und dem Küstenmeer überschreiten.

ZENTRALES MODELL

FLÄCHENENTWICKLUNGSPLAN

Voruntersuchung und Eignungsprüfung der Flächen

- „Durch die [neu eingeführte] staatliche Voruntersuchung der Flächen soll vermieden werden, dass nicht geeignete Flächen im Ausschreibungsverfahren berücksichtigt werden. Dadurch sollen die Gesamtkosten des Ausbaus von Windenergieanlagen auf See verringert werden.“ vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 266.
- Zuständigkeit liegt grds. bei der Bundesnetzagentur (BNetzA), nach entsprechender Verwaltungsvereinbarung aber ggf. auch BSH bzw. zuständige Länderbehörde.
- Gegenstand der Voruntersuchung ist nach § 10 Abs. 1 WindSeeG
 - die Untersuchungen zur Meeresumwelt,
 - eine Vorerkundung des Baugrunds, und
 - Berichte über die Wind- und ozeanographischen Verhältnisse für die vorzuuntersuchende Fläche.
- Beachte: Offshore-Anbindungsleitungen sind nicht Gegenstand der Voruntersuchung, vgl. § 13 WindSeeG

ZENTRALES MODELL

FLÄCHENENTWICKLUNGSPLAN

Voruntersuchung und Eignungsprüfung der Flächen

- Gegenstand der Voruntersuchung ist auch die Prüfung der Fläche auf die Eignung für Ausschreibung.
- Geprüft wird im Rahmen der Eignungsprüfung nach § 10 Abs. 2 WindSeeG ob der Errichtung und dem Betrieb von WEA auf See auf dieser Fläche nicht entgegenstehen
 - die Kriterien für die Unzulässigkeit der Festlegung einer Fläche im Flächenentwicklungsplan eine Vorerkundung des Baugrunds, und
 - soweit möglich die für die Planfeststellung maßgeblichen Belange und bei Flächen im Küstenmeer die nach § 6 Abs. 1 des BImSchG für die Genehmigung maßgeblichen Kriterien.
- Zur Bestimmung des Anteils einer Fläche am Ausschreibungsvolumen wird die zu installierende Leistung auf der jeweiligen Fläche bestimmt, vgl. § 10 Abs. 3 WindSeeG.

ZENTRALES MODELL

AUSSCHREIBUNG

Grundsätze der Ausschreibung nach dem zentralen Modell

- Durch Ausschreibung werden die Anspruchsberechtigten und der anzulegende Wert für den in WEA auf See erzeugten Strom, die ab dem 1. Januar 2026 auf voruntersuchten Flächen in Betrieb genommen werden, ermittelt.
- Regelungen hierzu in §§ 16 ff. WindSeeG stehen grundsätzlich ergänzend neben den allgemeinen Ausschreibungsregeln der §§ 28 ff. EEG 2017, vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 286.
- Ausschreibungen nach zentralem Modell finden ab dem Jahr 2021 jährlich zum Gebotstermin am 1. September statt.
- Das jährliche Ausschreibungsvolumen beträgt zwischen 700 und 900 Megawatt, abhängig von den Festlegungen im FEP (Abweichungen nur in Ausnahmefällen zulässig, vgl. § 18).
- Bekanntmachung spätestens sechs Kalendermonate vor dem jeweiligen Gebotstermin.

ZENTRALES MODELL

AUSSCHREIBUNG

Anforderungen an Gebote nach § 20 WindSeeG

- In Ergänzung zu den Anforderungen nach § 30 EEG 2017
 - Muss der Bieter mit Abgabe seines Gebots das Einverständnis zur Nutzung (und ggf. Zurverfügungstellung an einen neuen Vorhabenträger) von Unterlagen durch das BSH und die BNetzA im Fall der Unwirksamkeit von Planfeststellungsbeschlüssen erklären, und
 - die Gebotsmenge eines Gebots muss dem Anteil des Ausschreibungsvolumens für die Fläche entsprechen, für die das Gebot abgegeben wird.
- Bieter müssen in ihren Geboten die voruntersuchte Fläche bezeichnen, für die das Gebot abgegeben wird, soweit die BNetzA das Ausschreibungsvolumen auf mehr als eine voruntersuchte Fläche verteilt hat.

ZENTRALES MODELL

AUSSCHREIBUNG

Sicherheiten und Rückerstattung

- Die Höhe der Sicherheit bestimmt sich aus der Gebotsmenge multipliziert mit 200 Euro/Kilowatt installierter Leistung.
- Bei Gebotsabgabe zu leisten.
- Leistung nach § 31 Abs. 3 EEG 2017 durch unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bankbürgschaft auf erstes Anfordern oder Hinterlegung möglich.
- Die BNetzA gibt unverzüglich die hinterlegten Sicherheiten für ein Gebot zurück, wenn der Bieter für dieses Gebot keinen Zuschlag nach § 23 WindSeeG erhalten hat, vgl. § 25 WindSeeG.

ZENTRALES MODELL

AUSSCHREIBUNG

Zuschlagsverfahren und anzulegender Wert

- Die BNetzA erteilt auf jeder ausgeschriebenen Fläche dem Gebot mit dem niedrigsten Gebotswert den Zuschlag , vgl. § 23 Abs. 1 WindSeeG.
 - Beachte: Zuschlag steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs nach § 60 Abs. 3 WindSeeG und unter dem Vorbehalt eines Übergangs nach § 43 WindSeeG bei wirksamer Ausübung eines Eintrittsrechts.
- Der anzulegende Wert ist der Gebotswert des bezuschlagten Gebots, vgl. § 23 Abs. 2 WindSeeG.
- Der bezuschlagte Bieter hat mit Erteilung des Zuschlags auf der jeweiligen Fläche
 - das ausschließliche Recht zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens und zur Errichtung und zum Betrieb von WEA auf See
 - den Anspruch auf die Marktprämie im Umfang der bezuschlagten Gebotsmenge
 - den Anspruch auf Anschluss zugewiesene Netzanbindungskapazität

Übergang von Zuschlägen und Planfeststellungsbeschlüssen

- Zuschläge nach § 23 oder § 34 WindSeeG sind „flächenbezogen“ (vgl. § 35 WindSeeG), das heißt es kann keine Übertragung auf Anlagen auf andere Flächen erfolgen, vgl. § 63 Abs. 1 WindSeeG
- Demgegenüber kann eine Übertragung von Zuschlägen und Planfeststellungsbeschlüssen auf andere Personen erfolgen, vgl. § 63 Abs. 2 S. 1 WindSeeG.
 - wobei diese sich jeweils bei der Übertragung „folgen“, insoweit also als „Paket“ gemeinsam übertragen werden, vgl. § 63 Abs. 2 S. 4 und Abs. 3 WindSeeG.

4. ÜBERGANGSMODELL AUSSCHREIBUNG, EINTRITTSRECHT

ÜBERGANGSMODELL

AUSSCHREIBUNG

Ausschreibungstermine und -volumen

- Insgesamt beträgt das Ausschreibungsvolumen in der Übergangsphase 3.100 MW, vgl. § 27 Abs. 3 WindSeeG.
- Nach § 27 Abs. 1 WindSeeG verteilt sich dies auf 1.550 MW je Gebotstermin (01.**04**.2017 und 01.**04**.2018), wobei nicht bezuschlagtes Volumen auf den zweiten Termin „angerechnet“ wird.
 - Beachte: Gebotstermine durch ÄndG von 1. März auf 1. April verschoben
- § 27 Abs. 3 WindSeeG legt „Mindestquote“ für Ostsee von 500 MW fest.
 - Zum Gebotstermin 01.04.2018 sollen Projekte in der Ostsee bevorzugt bezuschlagt werden, bis die Mindestquote von 500 MW erreicht oder erstmals überschritten wird, vgl. § 34 Abs. 2 WindSeeG.

ÜBERGANGSMODELL

AUSSCHREIBUNG

Geplanter Zubau

- Gemäß § 27 Abs. 4 WindSeeG soll im Jahr 2021 der Zubau im Umfang der 500 MW-Quote ausschließlich in der Ostsee erfolgen, vgl. § 27 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 WindSeeG.
 - Hintergrund: Der Zubau in der Nordsee bedarf zunächst eines entsprechenden Ausbaus des landseitigen Netzes, und soll daher verzögert erfolgen, vgl. BT-Drs. 18/9096, S. 374.
- Weitere 500 MW Zubau sind im Jahr 2022 geplant, sowie je 700 MW in den Jahren 2023 bis einschließlich 2025, vgl. § 27 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 - 5 WindSeeG.
- Verteilung des Zubaus soll daneben entsprechend der Verteilung der Offshore-Anbindungsleitungen im O-NEP nach § 17b EnWG gesteuert werden, vgl. § 27 Abs. 4 S. 2 WindSeeG.

ÜBERGANGSMODELL

AUSSCHREIBUNG

Bekanntmachung der Ausschreibung

- Bekanntmachung durch die BNetzA spätestens acht Wochen vor dem Gebotstermin, vgl. § 29 S. 1 WindSeeG. (wohl auf der Internetseite der BNetzA, vgl. § 73 **Nr. 2** WindSeeG).
- Mindestangaben der Bekanntmachung nach § 29 S. 2 WindSeeG
 - Gebotstermin (01.04.2017 bzw. 01.04.2018)
 - Ausschreibungsvolumen (1.550 MW)
 - Höchstwert (12 Ct/kWh)
 - Umfang der Netzanbindungskapazität
 - Clusterübergreifende Netzanbindungen (entsprechend O-NEP)
 - Jahr der geplanten Fertigstellung (entsprechend zu bestätigendem O-NEP 2025)
 - Formatvorgaben
 - Festlegungen nach § 85 Abs. 2 EEG 2017 (nach Angaben der BNetzA derzeit wohl nicht geplant, vgl. BNetzA-Workshop vom 09.11.2016)
 - Hinweis auf Verpflichtungserklärungen nach §§ 46 Abs. 6, 48 Abs. 4 Nr. 7 WindSeeG

ÜBERGANGSMODELL

AUSSCHREIBUNG

Sicherheiten

- Dienen Absicherung der Pönalen, vgl. § 31 Abs. 1 S. 2 EEG 2017
- Allgemeine Anforderungen an Sicherheiten nach § 31 EEG 2017
 - Leistung der Sicherheiten bis zum jeweiligen Gebotstermin
 - Eindeutige Zuordnung einer Sicherheit zu bestimmten Gebot erforderlich
 - Leistung in Form der Bürgschaft oder Hinterlegung möglich
- Besondere Anforderungen nach § 32 WindSeeG
 - Höhe der Sicherheit beträgt 100 Euro pro Kilowatt installierter Leistung
 - Keine zusätzliche Sicherheit für Mindestgebotsmenge und Hilfsgebot erforderlich

Erstattung von Sicherheiten, Realisierungspflicht und Pönalen

- Beachte: Grundsätzlich besteht gemäß § 62 Abs. 1 WindSeeG eine Realisierungspflicht, Ausnahmen nur nach § 62 Abs. 2 WindSeeG!

- Eine vollständige oder teilweise Erstattung der Sicherheiten kommt nach § 55a EEG 2017, §§ 38, 65 WindSeeG daher nur in Frage
 - Bei Rücknahme des Gebots
 - Sofern kein Zuschlag erteilt wurde (vollständig), sofern Zuschlag unterhalb der Gebotsmenge erteilt wurde (teilweise)
 - Bei Nachweis der Herstellung der technischen Betriebsbereitschaft
 - Oder soweit Pönalen geleistet wurden

ÜBERGANGSMODELL

AUSSCHREIBUNG

Rechtsfolgen des Zuschlags nach § 37 WindSeeG

- Anspruch auf Marktprämie gem. § 19 EEG 2017 (solange und soweit dessen Voraussetzungen erfüllt sind) frühestens in dem Kalenderjahr, das die BNetzA in dem Zuschlag bestimmt.
- Anspruch auf Anschluss sowie zugewiesene Netzanbindungskapazität für Anlagen auf bezuschlagter Fläche an die im O-NEP vorgesehene Offshore-Anbindungsleitung ab dem Zeitpunkt des Eintritts des verbindlichen Fertigstellungstermins.
- Beachte: Befristung der Rechtsfolgen auf die Anspruchsdauer der Marktprämie von 20 Jahren gemäß § 37 Abs. 2 WindSeeG i.V.m. § 25 S. 1 EEG 2017.
 - Betrifft demnach nicht nur Anspruch auf Marktprämie, sondern auch Anschluss und Netzanbindungskapazität, sodass mit Ablauf der Förderdauer sämtliche Ansprüche erlöschen; Aber: Betriebsgenehmigung (Planfeststellung/Plangenehmigung) weiter für 25 Jahre erteilt, vgl. § 48 Abs. 7 WindSeeG

ÜBERGANGSMODELL

EINTRITTSRECHT

Allgemeines

- § 39 WindSeeG sieht ein sogenanntes „Eintrittsrecht“ für Inhaber bestehender Projekte vor.
 - Hintergrund: Gemäß § 46 Abs. 4 WindSeeG enden mit der Erteilung der Zuschläge nach aus dem Gebotstermin 01.04.2018 sämtliche laufenden Planfeststellungsverfahren oder Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb von WEA auf See, für die kein Zuschlag wirksam ist, ohne dass dafür eine Entschädigung vorgesehen ist!
 - Problematisch: Hierdurch erfolgt Eingriff in Grundrechte, Rechtfertigung?
- „Für ein Projekt besteht immer nur ein Eintrittsrecht. Ist derselbe Rechtsträger Inhaber mehrerer bestehender Projekte, kann er mehrere Eintrittsrechte haben, aber immer nur eines je Projekt.“ vgl. BT-Drs. 18/8860, S.304.

ÜBERGANGSMODELL

EINTRITTSRECHT

Voraussetzungen des Eintrittsrechts

- Eintrittsberechtigt sind Inhaber eines bestehenden Projekts, wenn
 - sich eine ausgeschriebene voruntersuchte Fläche vollständig oder überwiegend mit der Fläche überschneidet, die Gegenstand des bestehenden Projekts war, sowie für die betroffene voruntersuchte Fläche ein Gebot abgegeben wurde (d.h. nach zentr. Modell).
 - für das bestehende Projekt zu beiden Gebotsterminen (01.04.2017 und 01.04.2018) ein Gebot abgegeben worden ist und der Inhaber weder ganz noch teilweise für das bestehende Projekt einen Zuschlag erhalten hat,
 - der Inhaber ggü. dem BSH seinen Verzicht auf sämtliche ihm mit der Planfeststellung oder Genehmigung des Vorhabens nach der SeeAnIV eingeräumten Rechte und auf sämtliche Rechte an den Untersuchungsergebnissen und Unterlagen erklärt und
 - der Inhaber dem BSH sämtliche im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens oder Genehmigungsverfahrens vom Vorhabenträger eingereichte Unterlagen und sämtliche beim Vorhabenträger vorhandene Untersuchungsergebnisse und Unterlagen (frei von Rechten Dritter) überlässt.

Ausübung und Rechtsfolgen des Eintrittsrechts

- Der Eintrittsberechtigte übt sein Recht aus, indem er gegenüber der BNetzA schriftlich oder elektronisch für ein benanntes Projekt erklärt, dass er sein Eintrittsrecht vollumfänglich ausübt und die erforderliche Sicherheit nach § 21 WindSeeG leistet, vgl. § 42 WindSeeG.
- Rechtsfolge des wirksam ausgeübten Eintrittsrecht ist, dass der dem Bieter nach § 23 WindSeeG erteilte Zuschlag für die von dem Eintrittsrecht betroffene voruntersuchte Fläche auf den Eintrittsberechtigten vollständig über geht, vgl. § 43 WindSeeG.
 - D.h. der anzulegende Wert ist dann derjenige des bezuschlagten Gebots!

5. ZULASSUNG & ERRICHTUNG EINFÜHRUNG & SYSTEMATIK, ANWENDUNGSBEREICH, VERFAHREN

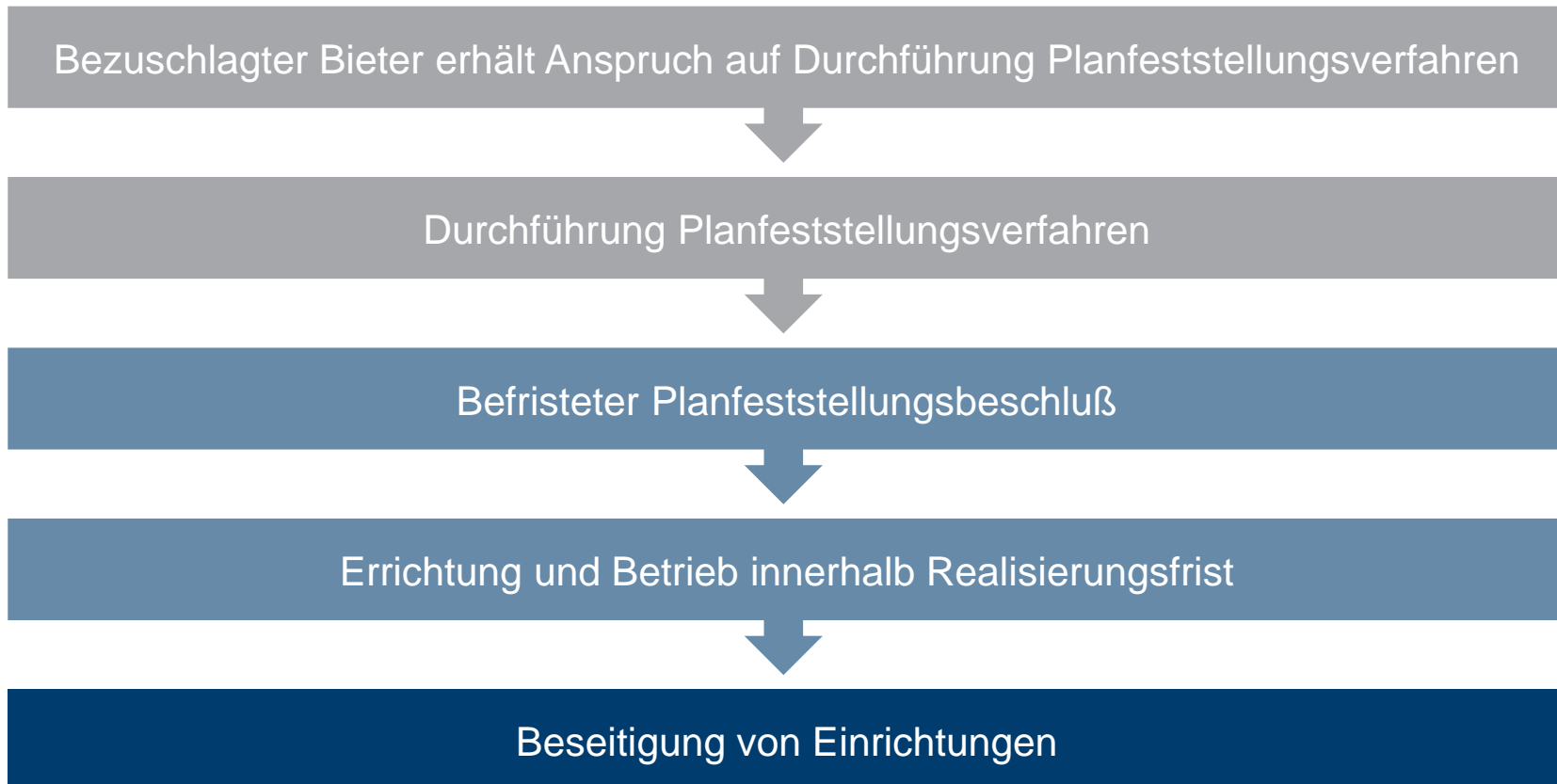
ZULASSUNG UND ERRICHTUNG EINFÜHRUNG & SYSTEMATIK

Allgemeines

- Regelungen zur Zulassung, Errichtung und Betrieb von WEA auf See sowie Anlagen zur Übertragung des Stroms sind in Teil 4 (§§ 44 – 67) WindSeeG gebündelt.
- Die bislang hierfür maßgebliche Seeanlagenverordnung ist nach Art. 25 Abs. 2 des Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien (BGBl. I S. 2258) am 1. Januar 2017 außer Kraft getreten.
- Die Vorschriften der Seeanlagenverordnung a.F. werden teilweise aufgenommen und für WEA auf See um Besonderheiten, die sich aus den Ausschreibungen ergeben, ergänzt.
- Dadurch werden Ausschreibungen und Zulassungsrecht miteinander verzahnt.

ZULASSUNG UND ERRICHTUNG EINFÜHRUNG & SYSTEMATIK

Verzahnung von Zulassungs- und Ausschreibungsverfahren



ZULASSUNG UND ERRICHTUNG

ANWENDUNGSBEREICH

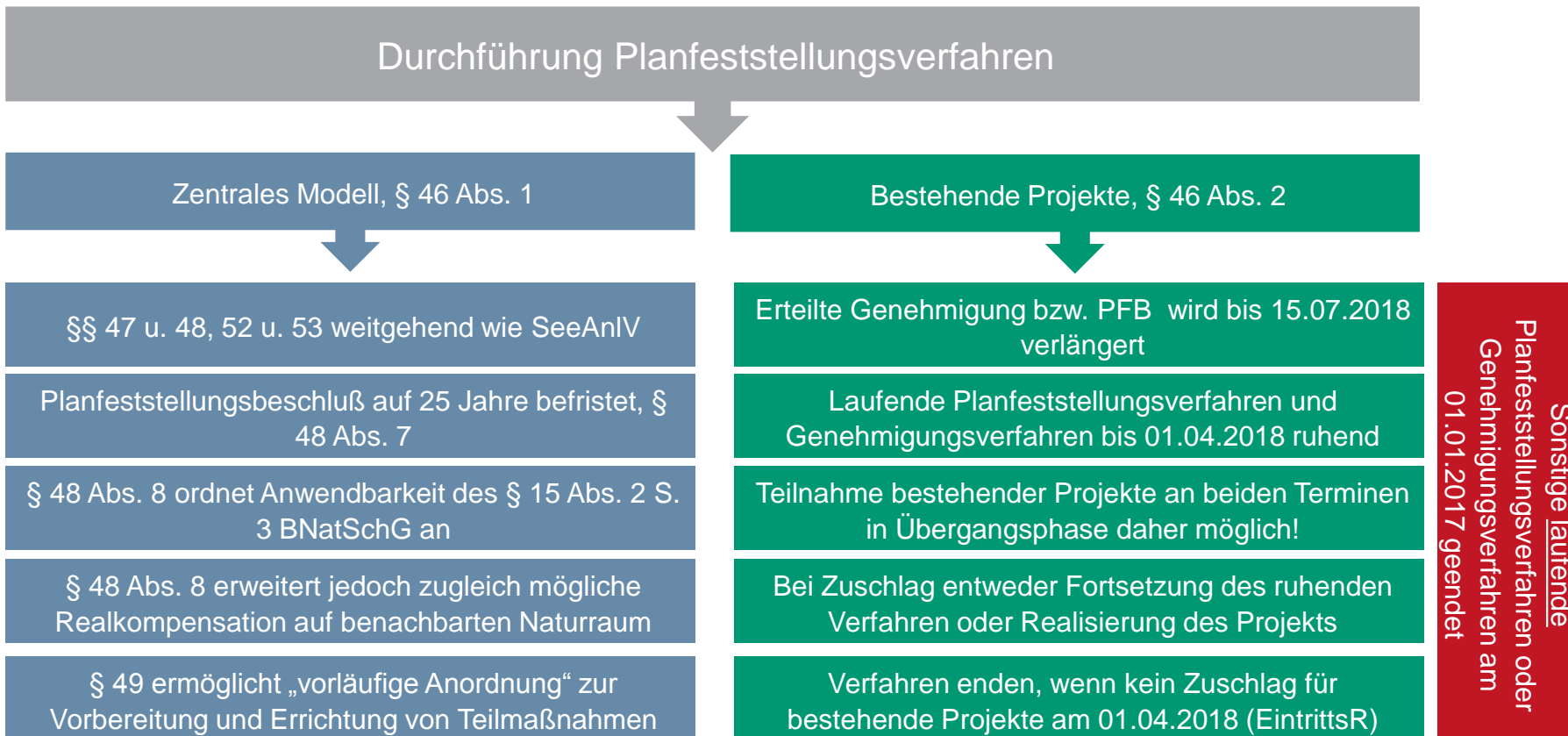
Anwendungsbereich

- Anwendungsbereich erstreckt sich neben WEA auf See auch
 - auf Anlagen zur Übertragung von Strom aus WEA auf See einschließlich der jeweils zur Errichtung und zum Betrieb der Anlagen erforderlichen technischen und baulichen Nebeneinrichtungen (Einrichtungen) im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone
 - Beachte: Nicht erfasst sind Anbindungsleitungen
 - Beachte: Bei entsprechender Anwendung auf Anlagen im Küstenmeer ist auch künftig statt einer Planfeststellung oder Plangenehmigung nach WindSeeG die Zulassung nach BImSchG erforderlich, vgl. § 44 Abs. 2 WindSeeG.

- §§ 44 ff. WindSeeG auch auf bestehende Projekte im Sinne des § 26 Abs. 2 WindSeeG anwendbar.
 - Beachte: für diese sind jedoch Besonderheiten hinsichtlich bereits erteilter Genehmigung bzw. Planfeststellungen zu beachten, vgl. § 46 Abs. 2 WindSeeG.

ZULASSUNG UND ERRICHTUNG VERFAHREN

Differenziertes Zulassungsverfahren



6. REALISIERUNGSFRISTEN FRISTENSTAFFELUNG NICHTEINHALTUNG UND PÖNALEN

REALISIERUNGSFRISTEN

ALLGEMEINES

Allgemeines

- §§ 59 bis 67 WindSeeG enthalten die Vorschriften zu den Realisierungsfristen und den Folgen für deren Nichteinhaltung.
- Die Realisierungsfristen gelten für Projekte nach dem Übergangsmodell und dem Zentralen Modell gleichermaßen, und sollen der Erreichung des Gesetzesziels dienen,
 - *„eine geordnete und effiziente Nutzung und Auslastung der Offshore-Anbindungsleitungen zu gewährleisten und Offshore-Anbindungsleitungen im Gleichlauf mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus Windenergieanlagen auf See zu planen, zu errichten, in Betrieb zu nehmen und zu nutzen.“* vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 315.

REALISIERUNGSFRISTEN

STAFFELUNG DER FRISTEN

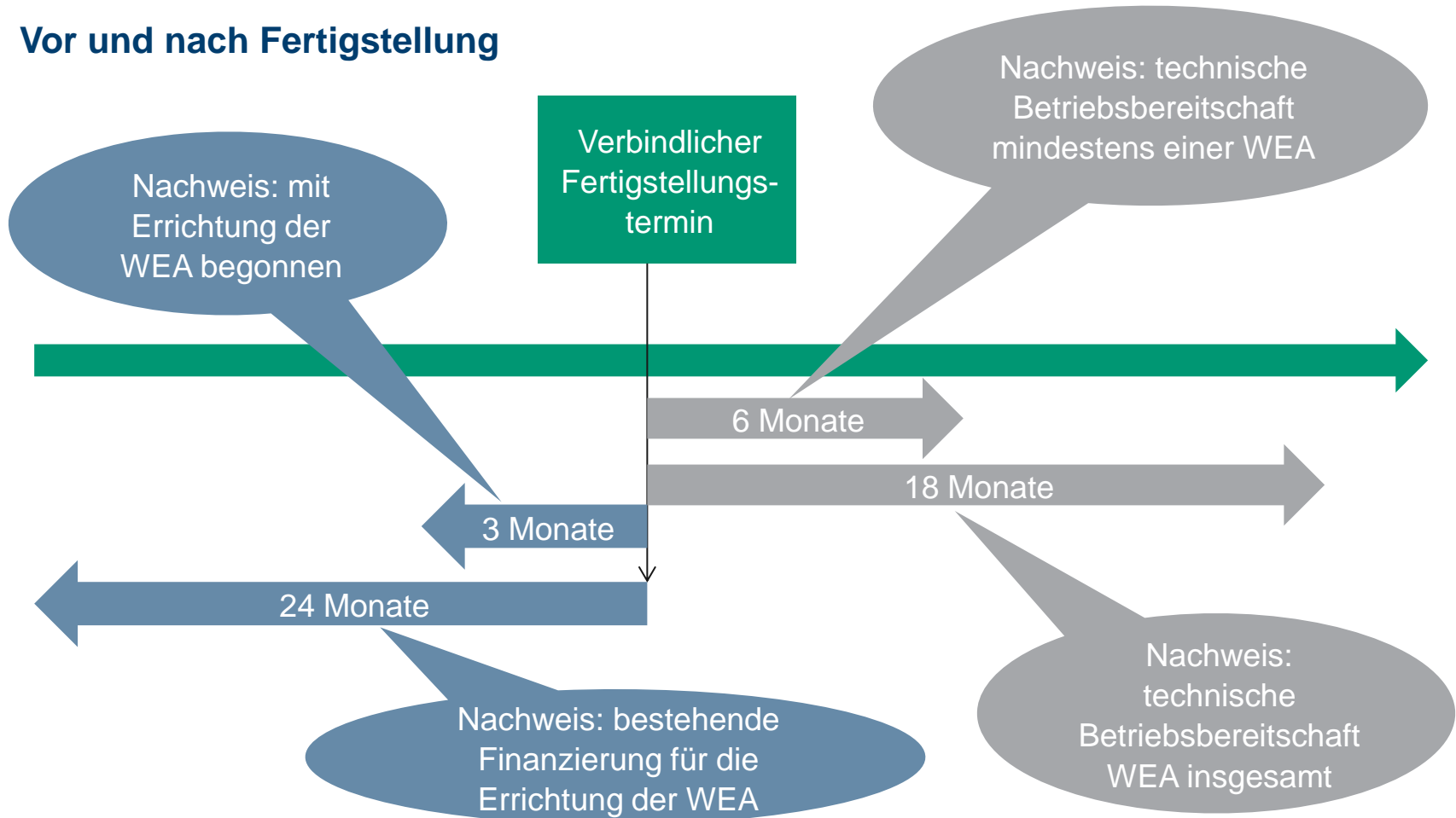
§ 59 Abs. 2 Nr. 1 – 5 WindSeeG sieht zeitliche Staffelung der Verpflichtungen vor:

- Bezuschlagte Bieter müssen
 - ↪ innerhalb von zwölf Monaten nach Erteilung der Zuschläge die zur Durchführung des Anhörungsverfahrens über den Plan erforderlichen Unterlagen beim BSH einreichen,
 - ↪ spätestens 24 Monate vor dem verbindlichen Fertigstellungstermin Nachweis ggü. der BNetzA über eine bestehende Finanzierung für die Errichtung von WEA auf See in dem Umfang der bezuschlagten Gebotsmenge erbringen
 - ↪ spätestens drei Monate vor dem verbindlichen Fertigstellungstermin ggü. der BNetzA nachweisen, dass mit der Errichtung der WEA auf See begonnen worden ist,
 - ↪ innerhalb von sechs Monaten nach dem verbindlichen Fertigstellungstermin ggü. der BNetzA nachweisen, dass die technische Betriebsbereitschaft mindestens einer WEA auf See hergestellt worden ist, **und**
 - ↪ innerhalb von 18 Monaten nach dem verbindlichen Fertigstellungstermin ggü. BNetzA nachweisen, dass technische Betriebsbereitschaft der WEA insgesamt hergestellt ist.

REALISIERUNGSFRISTEN

STAFFELUNG DER FRISTEN

Vor und nach Fertigstellung



REALISIERUNGSFRISTEN

NICHTEINHALTUNG UND PÖNALEN

Folgen der Nichteinhaltung von Realisierungsfristen

- Bezuschlagte Bieter müssen gemäß § 60 Abs. 1 WindSeeG grundsätzlich an den regelverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber eine Pönale leisten, wenn sie gegen die Fristen nach § 59 Abs. 2 verstoßen.
- Gemäß § 60 Abs. 3 WindSeeG muss die BNetzA einen Zuschlag widerrufen, wenn der bezuschlagte Bieter eine der Fristen nach § 59 Abs. 2 Nr. 1, 2 oder 5 WindSeeG nicht einhält.
- Grundsätzlich darf der bezuschlagte Bieter den Zuschlag oder den Planfeststellungsbeschuß nicht zurückgeben, vgl. § 62 Abs. 1 WindSeeG.
- In den gemäß § 62 Abs. 2 WindSeeG geregelten Ausnahmefällen kann eine Rückgabe erfolgen, ohne dass hierdurch Pflicht zur Leistung einer Pönale entsteht.

7. FAZIT

Komplexität nimmt zu und kritischer Vertrauensschutz

- Durch das ÄndG sind noch wesentliche Verbesserungen eingetreten, insbesondere die Verlängerung der Betriebsgenehmigung auf 25 Jahre
 - Weitreichende Ermessensentscheidungen der BNetzA wurden integriert, bspw. zur Bestimmung des Zeitpunkts der Entstehung des Anspruchs auf die Marktprämie
 - Übergangsbestimmungen wurden integriert, um ein Planungsregime aufgrund der Aufhebung der SeeAnIV bis zum Jahr 2021 zu haben (bspw. für nicht wesentliche Änderungsgenehmigungen)

- Ob das geregelte Eintrittsrecht ausreichend ist, um einen Vertrauensschutz zu begründen und die Investitionssicherheit zu stärken, kann bezweifelt werden.
 - Die Bedenken gelten entsprechend für die Nachnutzung durch Dritte (§ 66 Abs. 2) und der durch den Vorhabenträger abzugebenden Verpflichtungserklärung.

ÜBERBLICK DES LEISTUNGSSPEKTRUMS VON MAZARS

WIRTSCHAFTS-PRÜFUNG	STEUERBERATUNG	ACCOUNTING	RECHTSBERATUNG	FINANCIAL ADVISORY SERVICES
Abschlussprüfungen	Steuerdeklaration	Jahresabschluss- erstellung und FIBU	Dienst- und Arbeitsrecht	Bewertung
Sonderprüfungen	Gestaltungsberatung (Umstrukturierung etc.)	Business Process Outsourcing & Financial Reporting	Medizin- recht	Transaktionsberatung
Compliance & Risk	Unterstützung bei Betriebsprüfungen	Lohnbuchhaltung & HR Services	Immobilien- recht	Restrukturierung und Sanierung
Internationale Rechnungslegung	Unternehmens- nachfolgeplanung	Global Mobility Services	Steuer- recht	Finanzierungsberatung
IT and Process Assurance	Internationales Steuerrecht/ Verrechnungspreise	Betriebswirtschaftliche Beratung	Umwand- lungs- recht	Real Estate Investments
Versicherungsmathematik	Indirekte Steuern	Fondsadministration	Unternehmens- und Vermögensnachfolge	Unternehmens- beratung
			Versicherungs- und Bankaufsichtsrecht	
			Wettbewerbsrecht und geistiges Eigentum	

Dr. Florian Brahms



Tel: +49 40 288 01-1408
florian.brahms@mazars.de

- **Rechtsanwalt**
- **Licence en droit français**
- **Principal Associate**

- **Tätigkeitsschwerpunkte**
 - Recht der Erneuerbaren Energien
 - Energierecht, Kraft-Wärme-Kopplung
 - Zivilrecht
 - Beratung von Projektierern, Anlagenbetreibern, Infrastrukturbetreibern
 - Beratung von Industrie, Gewerbe

- **Vertiefte Branchenerfahrung**
 - Energieversorgung, Strom, Wärme, Gas
 - Wohnungswirtschaft
 - Erneuerbare Energien, Energieeffizienz

- **Ausbildung**
 - Studium an der Universität Potsdam und Paris X Nanterre
 - Referendariat u.a. bei der Clearingstelle EEG

- **Berufserfahrung**
 - Seit April 2016 bei Roever Broenner Susat Mazars Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Energierecht
 - Langjährige Berufserfahrung in einer Boutique Kanzlei für Energierecht in Leipzig
 - Gründer und Gesellschafter der Formatgeber Verlags GmbH

- **Fremdsprachen**
 - Englisch
 - Französisch
 - Spanisch

- **Veröffentlichungen (Auszug)**
 - *Brahms*: Der rechtliche Rahmen der Stromerzeugung in KWK-Anlagen, erschienen in: GI 2016, S. 52 ff.
 - *Brahms*: Beiträge zum EEG in Maslaton (Hrsg.), Windenergieanlagen – ein Rechtshandbuch (2015)
 - *Brahms*: Die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes 2016, erschienen in: ER 2015, S. 223 ff.
 - *Brahms*: Stromspeicher im EEG 2014, erschienen in: ER 2014, S. 235 ff.
 - *Brahms/Schmitt*, Dezentrale Energieerzeugung im EEG 2017, erschienen in GI, Gebäudetechnik in Wissenschaft & Praxis 4/2016
 - *Brahms*, Beitrag zur Anlage 1 „Höhe der Marktprämie“ zum EEG, in: *Frenz* (Hrsg.), EEG-Kommentar 2. Bd. Erich Schmidt Verlag
 - *Brahms*, Die Integration der Erneuerbaren Energien im Strommarkt – Die Direktvermarktung zwischen Mindestvergütung und freiem Markt, Dissertationsschrift im VAE Verlag für alternatives Energierecht
 - *Brahms/Ellerbrock*, Das darf's (kann's) noch nicht gewesen sein – die Novelle der Konzessionsvergabe, ER 2016, S. 143ff
 - *Brahms/Maslaton*, Die gewerbliche Nutzung von Drohnen im Lichte der geplanten Novelle der LuftVO, NVwZ 2016, S. 1125 ff.

STANDORTE DEUTSCHLAND

Berlin

Alt-Moabit 2
10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0

Dresden

Postplatz 6
01067 Dresden
Tel: +49 351 45 15-0

Düsseldorf

Bennigsen-Platz 1
40474 Düsseldorf
Tel: +49 211 83 99-0

Frankfurt am Main

Gervinusstraße 15
60322 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 500 60-0

Theodor-Stern-Kai 1
60596 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 967 65-0

Greifswald

Steinbeckerstraße 10
17489 Greifswald
Tel: +49 3834 885 33-40

Hamburg

Domstraße 15
20095 Hamburg
Tel: +49 40 288 01-0

Köln

Aachener Straße 75
50931 Köln
Tel: +49 221 28 20-0

Leipzig

Petersstraße 1–13
04109 Leipzig
Tel: +49 341 60 03-0

Riemannstraße 29 b
04107 Leipzig
Tel: +49 341 12 63-0

München

Herzog-Heinrich-Straße 22
80336 München
Tel: +49 89 350 00-0

Nürnberg

Längenstraße 14
90491 Nürnberg
Tel: +49 911 60 07-0

Potsdam

Hebbelstraße 27
14469 Potsdam
Tel: +49 331 73 04 07-70

Stuttgart

Friedrichstraße 10
70174 Stuttgart
Tel: +49 711 60 17 87-0

